



128. Plenarsitzung des Europäischen Ausschusses der Regionen

Debatte über die Integration von Migranten und den sozialen Zusammenhalt mit dem Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft Dimitris Avramopoulos; Debatte mit dem Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik Johannes Hahn; Debatte über Erwartungen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der EU gegenüber dem nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen

Vom 22. bis 23.03.2018 fand die 128. Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) in Brüssel statt.

Zu Beginn sprach der Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft Dimitris Avramopoulos zum Thema Integration und sozialer Zusammenhalt. Er sprach sich u.a. für eine stärkere Einbeziehung der regionalen und lokalen Ebene bei der Gestaltung der Einwanderungs- und Integrationspolitik aus. AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz betonte in diesem Zusammenhang, dass nicht einzelne EU-Mitgliedstaaten mit der Bewältigung der Probleme allein gelassen werden sollten. Vielmehr handele es sich um eine europäische Herausforderung, auf die auch der EU-Haushalt nach 2020 entsprechend auszurichten sei. Im Anschluss nahm der AdR eine Stellungnahme zur Umsetzung der Europäischen Integrationsagenda an. Darin wird insbesondere eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems bzw. eine Überprüfung des Dublin-Systems für dringend notwendig erachtet.

Der Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik Johannes Hahn erläuterte die Kommissionsmitteilung „Eine glaubwürdige Erweiterungsperspektive für und ein verstärktes Engagement der EU gegenüber dem westlichen Balkan“ vom Februar 2018. In der Debatte wurde das Engagement der Kommission gegenüber den Staaten des Westbalkans fraktionsübergreifend begrüßt. Die Stellungnahme des österreichischen AdR-Mitglieds Franz Schausberger (EVP) wurde mit sehr großer Mehrheit bei wenigen Enthaltungen und einer Ablehnung angenommen. Inhaltlich begrüßt die Stellungnahme ausdrücklich die Perspektive für Serbien und Montenegro, bis 2025 den EU-Beitritt zu erreichen, für Albanien und Mazedonien den Kandidatenstatus in Aussicht zu stellen und dem Kosovo weiteren Fortschritt auf dem europäischen Weg zu ermöglichen.

Ferner steht die Debatte über Erwartungen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der EU gegenüber dem nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen im Mittelpunkt. Als Berichterstatter für die vom Europäischen Parlament am 14.03.2018 angenommene Entschließung zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen, verteidigte der polnische Europaabgeordnete Jan Olbrycht (EVP) er die Forderungen des Parlaments nach einer Anhebung der derzeitigen Obergrenze für die Ausgaben der EU von 1% auf 1,3% des BNE der EU sowie einer Aufstockung der Forschungsprogramme, von Erasmus+, der Beschäftigungsinitiative für Jugendliche sowie der Unterstützung von KMU und der Mittel für Infrastrukturinvestitionen im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“. In der anschließenden Debatte betonten die Mitglieder des AdR fraktionsübergreifend die hohe Bedeutung der Kohäsionspolitik für die regionale bzw. lokale Ebene. Im Übrigen wurden die Festlegungen des Parlaments überwiegend begrüßt.

Einstimmig wurde die Stellungnahme des sächsischen AdR-Mitglieds Heinz Lehmann (EVP) „Eine europäische Industriestrategie: Rolle und Perspektive der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften“ angenommen.

Darüber hinaus fasste der AdR folgende Beschlüsse:

- Förderung des Breitbandausbaus in Europa;
- Halbzeitbewertung des ESF als Beitrag zur Ausarbeitung des Vorschlags für die Zeit nach 2020;
- Kosten und Risiken einer fehlenden Kohäsionspolitik: Der strategische Wert der Kohäsionspolitik für die Verwirklichung der Ziele des Vertrags und die Bewältigung der neuen Herausforderungen für die Regionen in Europa;
- Änderung des Programms zur Unterstützung von Strukturreformen und

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



- neuen Haushaltsinstrumenten für das Euro-Währungsgebiet;
- Entwurf des Voranschlags der Einnahmen und Ausgaben des AdR für 2019;
 - Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative;
 - Handelspaket;
 - Vorschlag für einen Europäischen Verteidigungsfonds.

Weiterführende Informationen:

<http://cor.europa.eu/en/events/Pages/128th-cor-plenary-session.aspx>